

Ali gut 800 Follower. Vorgängerin Sahra Wagenknecht hat 412 000. Wagenknecht hinterlasse sehr große Fußstapfen, in die sie erst ein Stück hineinwachsen müsse,

semitismus und Rassismus“ deutlich machen, auf welcher Seite sie stehe, begründete Mohamed Ali ihre Kandidatur. Es sei wichtig, dass persönlich Betroffene, wie sie

spielt Gitarre.

Es gehe jetzt darum, als Fraktion nach vorne zu schauen und „mit vereinten Kräften die Herausforderungen anzunehmen“, beschwor

Die Linksfraktion wird von einer Doppelspitze geführt. Dietmar Bartsch, der diesen Posten behält, gilt als führender Repräsentant des Refor-

ne Partei sei mitverantwortlich für die Erfolge der AfD: „Es ist immer eine Niederlage für eine linke Partei, wenn die Rechte so stark wird“.

dpa

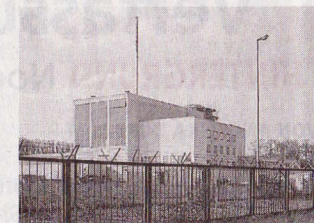
KURZ NOTIZEN

Strobl fordert mehr Bundeswehreinrätze

CDU-Bundesvize Thomas Strobl hat sich wie zuvor Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) für ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands in der Welt ausgesprochen. Gerade in einer Zeit, in der sich die USA zunehmend zurückzögen, müsse Deutschland eine aktivere und strategischere Rolle wahrnehmen, sagte Strobl gestern der dpa.

KALENDERBLATT

13. November 1960



Erstes kommerzielles Atomkraftwerk

Im unterfränkischen Karlsruhe am Main geht am 13. November 1960 das erste kommerzielle Atomkraftwerk in Deutschland in Betrieb. Im Juni 1961 speist die Anlage zum ersten Mal Strom ins Netz ein. Nach nur 25 Jahren Betrieb wird das Kraftwerk 1985 stillgelegt, der Rückbau beginnt 1988. Der Abbau dauert bis 2010 und kostet über die Jahre hinweg etwa 150 Millionen Euro. jed

FOTO: SEBASTIAN SUCHANEK/WIKIPEDIA/GE-MEINFREI

Betriebsrenten sollen entlastet werden

Freibetrag für Krankenkassenbeiträge geplant – Am doppelten Beitrag ändert sich aber nichts

VON PETRA WETTLAUER-POHL

Berlin – Die Krankenkassenbeiträge von Betriebsrentnern sollen ab Januar nächsten Jahres, also bereits in ein-einhalb Monaten, sinken. Die gute Nachricht verbreitete Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) gestern in Berlin. Das Ganze ist eine Zusatzvereinbarung zum Grundrentenbeschluss der GroKo vom Sonntag. Sie soll allerdings ein Jahr früher als die ab 2021 vorgesehene Grundrente verwirklicht werden. „Wer fürs Alter vorsorgt, darf nicht der Gekniffene sein“, sagt Spahn, der dazu bereits einen Gesetzentwurf hervorgezaubert hat. Die Freude dürfte sich allerdings bei vielen Rentnern in Grenzen halten, denn die Ersparnis wird sehr unterschiedlich ausfallen.

■ Bislang müssen diejenigen, die weniger als 155,75 Euro Betriebsrente bekommen, keine Krankenkassenbeiträge zahlen. Wer aber nur geringfügig darüber liegt, muss bereits für die komplette Betriebsrente Beiträge zahlen – den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil.

■ Nun soll aus der Freigrenze ein Freibetrag werden. Das heißt, die ersten 155,75 Euro – ab 1.1.2020 sind es 159,25 Euro – bleiben für alle beitragsfrei. Das sind laut Spahn 30 Prozent der Betriebsrent-

ner. Wer mehr bekommt, muss aber für jeden weiteren Euro nach wie vor den vollen Krankenkassenbeitrag zahlen. In Spahns Interpretation heißt das: Wer ab Januar 320 Euro Betriebsrente bekommt, zahlt faktisch nur den halben Beitrag – das seien weitere 30 Prozent. An der Kritik vieler Rentner, dass sie

überhaupt den doppelten Beitrag zahlen müssen, ändert das nichts. Und je höher die Betriebsrente ausfällt, desto weniger wirkt sich der Freibetrag aus.

■ Ganz deutlich werden das diejenigen spüren, die eine Kapitallebensversicherung über ihren Arbeitgeber abgeschlossen haben. Dieser Be-

trag wird bei Auszahlung fiktiv auf zehn Jahre verteilt, in denen dann doppelte Krankenversicherungsbeiträge dafür kassiert werden. Das mindert den Versicherungsbeitrag um fast 20 Prozent. Diese seit 2004 gültige Regelung wurde auch auf alle vor 2004 abgeschlossenen Verträge rückwirkend ausgeweitet.

Eine Maßnahme, die nicht einmal allen Bundestagsabgeordneten bewusst war, als sie die Hand dafür hoben. Bei vielen Betroffenen hat es seitdem das Vertrauen in die betriebliche Altersvorsorge erheblich erschüttert. Die im Verein der Direktversicherungsgeschädigten engagierten Kritiker fordern daher seit Jahren eine Abschaffung der Doppelverbeitragung.

Entsprechend enttäuscht äußerte sich der Verein gestern: Der geplante Freibetrag helfe allenfalls bei Kapitallebensversicherungen von bis zu 19 000 Euro, so der Vorstand. Die zwei Millionen Rentner, die bereits zehn Jahre ihre Beiträge entrichteten, haben ohnehin Pech: Das Gesetz soll nur gelten für diejenigen, die jetzt oder künftig Betriebsrenten bekommen.

Gesetz kostet 1,2 Milliarden pro Jahr

Die GroKo rechnet mit Mindereinnahmen der Krankenkassen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro jährlich. Diese sollen zunächst aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds kommen. Ab 2024 sollen die Krankenkassen die Kosten in voller Höhe tragen. Ihr Verbandssprecher Florian Lanz forderte bereits Steuermittel zur Finanzierung.

KOMMENTAR

Betriebsrenten-Entlastung Beifang zur Grundrente bleibt unzureichend und ungerecht

VON STEFAN VETTER

In der Fischerei würde man das wohl einen Beifang nennen: Ziel der Großen Koalition war es, endlich bei der Grundrente zu Potte zu kommen. Aber der Kompromiss gebar auch noch andere Beschlüsse, die mindestens genauso viel Aufmerksamkeit verdienen. Für viele Senioren mit einer betrieblichen Altersvorsorge dürfte es eine Genugtuung sein, dass Schwarz-Rot nun wenigstens die schlimmsten Auswüchse bei den Abzügen von Sozialbeiträgen heilen will.

Weil die gesetzlichen Krankenkassen kurz nach der

Jahrtausendwende in großen finanziellen Problemen steckten, heckten Union und SPD damals eine verschärfte Sozialabgabepflicht bei Betriebsrenten aus. Das musste viele Rentner auf die Palme bringen. War ihnen von der Politik doch ausdrücklich ans Herz gelegt worden, zusätzlich für den Lebensabend zu sparen.

Ruheständler mit einer monatlichen Betriebsrente von rund 320 Euro können sich nun freuen. Weil die GroKo die bisher geltende Freigrenze in einen Freibetrag umwandeln will, wird sich die



Beitragslast für sie ungefähr halbieren. Bei deutlich höheren Bezügen bis hin zu einmaligen Kapitalzahlungen in sechsstelligem Umfang fällt der Freibetragseffekt allerdings kaum mehr ins Gewicht.

Anders gesagt: Im Interesse der Krankenkassen hat die schwarz-rote Koalition die kostengünstigste Variante gewählt. Denn je mehr Arbeitnehmer betrieblich vorgesorgt haben, desto geringer fällt für sie jetzt die Entlastung aus. Das ist und bleibt sehr ärgerlich.

nachrichten@hna.de